Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5943**

17. Wahlperiode 25. 05. 2011

Antrag

der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Israel stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bundesregierung genehmigte im Zeitraum von 2000 bis 2009 Rüstungsexporte nach Israel in Höhe von 646 Mio. Euro (Rüstungsexportberichte der Bundesregierung von 2000 bis 2009). Allein im Jahr 2009 erteilte sie Genehmigungen in Höhe von rund 32,6 Mio. Euro, unter anderem für Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Landfahrzeuge.

2. Die Bundesregierung hat sich in ihren „Politischen Grundsätzen“ verpflichtet, bei der Entscheidung über Rüstungsexporte „der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland […] besonderes Gewicht“ beizumessen (Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 19. Januar 2000).

   Bis heute werden in Israel immer wieder Gesetze verabschiedet, die die Minderheit der arabischen Israelis diskriminieren. Unter anderem werden Beduinen, die indigenen Einwohner des Negev, aus ihren Dörfern gewaltsam vertrieben, ihre Dörfer zerstört (Human Rights Watch 2010). Die Europäische Union (EU) drückt regelmäßig ihre große Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte durch Israel aus (Menschenrechte und Demokratie in der Welt 2010, Bericht über die Maßnahmen der EU). In israelischen Gefängnissen einsitzenden Palästinenserinnen und Palästinensern wird der Kontakt zu ihren Familien verweigert, viele sind in Administrativhaft, d. h. ohne Anklage, darunter auch Minderjährige (Amnesty International Report 2010). Israel arbeitet nicht mit dem von der VN-Menschenrechtskommission eingesetzten Sonderberichterstatter zusammen (8. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen).

3. Die Bundesregierung hat sich mit dem „Gemeinsamen Standpunkt“ der EU dazu verpflichtet, die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität einer Region als ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidung über Rüstungsexporte zu beachten (Gemeinsamer Standpunkt, Artikel 2 Kriterium 4, 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008; GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik).

Israel liegt in einem Krisengebiet. Seit Jahrzehnten ist die Region von Konflikten – zum Teil offenen Gewaltkonflikten und Kriegen – geprägt.

Der israelisch-palästinensische Konflikt destabilisiert bis heute die gesamte Region. Bereits 1967 forderte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Israel auf (Resolution 242 vom 22. November 1967), die völkerrechtswidrige Besetzung der palästinensischen Gebiete zu beenden. Israel verstößt als Besatzungsmacht tagtäglich gegen das humanitäre Völkerrecht (Vierte Genfer Konvention), unter anderem durch Landnahme, Besiedelung und staatlich forcierten Wohnungsbau, Abriegelung (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs occupied Palestinian territory, Special Focus, June 2010), erhebliche Diskriminierung der Palästinenserinnen und Palästinenser, z. B. bei der Zuteilung von Wasser, Zerstörung und Aneignung von Eigentum. Den Mauerbau durch Israel im Westjordanland hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen als Bruch des Völkerrechts verurteilt (Resolution 10/18 und 10/20). Im Februar 2011 stimmte die Bundesregierung einer Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu, die von Israel den sofortigen und kompletten Stopp des Siedlungsbaus forderte (www.un.org). Die Blockade des Gazastreifens stellt eine Kollektivbestrafung der Bevölkerung – fast die Hälfte von ihnen sind Kinder – dar und verstößt damit gegen internationales Recht. Sie hat zu einer humanitären Krise geführt (Amnesty International, Oxfam, Medico International u. a.: Dashed Hopes, 2010), die durch die israelische Offensive 2008/2009 extrem verschärft wurde (Amnesty International, Oxfam, Medico International: Gaza, das große Versagen: Kein Wiederaufbau, keine Regeneration, keine Ausreden mehr; Ein Bericht über die Situation im Gaza-Streifen ein Jahr nach der Operation „Gegossenes Blei“, 2009). Der Krieg 2006 zwischen Israel und dem Libanon sowie die israelische Offensive „Gegossenes Blei“ haben die Region weiter destabilisiert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Israel mehr zu erteilen.

Berlin, den 25. Mai 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333